

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

146 (27.6.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 90 J. Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Abzügen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Anzeigenseite 1.— M. Die Reklameseite 3.80 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Parteitag und Frauenkonferenz

Parteienoffen!

Aufgrund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 18. September, abends 6 Uhr

nach G6rlitz (Stadthalle) ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Parteivorstandes:

- a) Allgemeines, Referent: Franz Krüger;
- b) Organisation und Kasse, Referent: Bartels.
- 2. Bericht der Kontrollkommission, Referent: Brühne.
- 3. Bericht der Reichstagsfraktion, Referent: Gustav Hoch.
- 4. Die Wirkung des Versailler Vertrags auf die innere und äußere Politik Deutschlands, Referent: Hermann Müller.
- 5. Das Parteiprogramm, Referent: Hermann Mollenhuth.
- 6. Anträge.
- 7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteienoffen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteioffnungen müssen spätestens am 20. August im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gebrauchten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind, jeder für sich, auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschriftet werden.

Am 17. September, vormittags 10 Uhr, findet in G6rlitz (Stadthalle) eine

Reichsfrauenkonferenz

statt. Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Die Arbeit der Frau in der Gemeinde: a) wirtschaftlich, b) sozial, c) Vereinsarbeit, Referenten werden noch bekannt gegeben.
- 2. Bericht über den Stand der Frauenbewegung, Referent: Marie Zuhac.

Zur Teilnahme berechtigt sind aus jedem Bezirk 1 bis 2 Delegierte, die weiblichen Delegierten zum Parteitag und die weiblichen Mitglieder des Reichstags. Sofern männliche Genossen von ihrer Bezirksleitung mit Mandaten versehen werden, sind sie zur Teilnahme an der Reichsfrauenkonferenz berechtigt.

Die Bezirksleitungen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe möglichst bis zum 25. August mitzuteilen, damit ihnen das Mandat, die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugestellt werden können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Adresse: Hugo Eberle, G6rlitz, Luisenstr. 3.

Berlin, den 25. Juni 1921.

Der Parteivorstand.

Die endgültige Gestaltung der Lohnsteuer

Von Wilhelm Keil

Durch die Novelle vom 24. März 1921 ist das Einkommensteuergesetz bereits so gestaltet worden, daß es die Grundlage für eine Lohnsteuer bilden kann. Die wesentlichste Neuerung, die diesem Zweck dienste, bestand in der Abänderung des Steuerarfs, in dem der Steuerfuß für alle Einkommen bis zu 24000 M. gleichmäßig auf 10 v. H. festgesetzt wurde. Der neue Tarif ist rückwirkend vom 1. April 1920 ab in Kraft getreten. Die auf Grund persönlicher Veranlagung für das Jahr 1920 zu zahlende Einkommensteuer bemißt sich also bereits nach diesem Tarif.

Zum Zweck der Entlastung der Steuerbehörden soll nun die persönliche Veranlagung der Lohn- und Gehaltsempfänger, bei denen nur der gleichmäßige Steuerfuß von 10 v. H. in Frage kommt, die also ein Einkommen von nicht mehr als 24000 haben, in Wea fall kommen. Der bei der Lohn- und Gehaltszahlung für Steuerzwecke gemachte Abzug soll die endgültige Einkommensteuer darstellen.

Neben dem neuen Tarif soll das Einkommensteuergesetz durch die oben erwähnte Novelle weitere Änderungen erfahren, die der Umwandlung des Steuerabzugs in eine endgültige Abgeltung der Steuerpflicht Rechnung tragen. Abschließend aber ist die Gestaltung der Lohnsteuer, wie man kurz diese auf dem Wege des Abzugs erhobene Steuer nennt, damals nicht geregelt worden. Die Entscheidung einiger wichtiger Fragen und die Ausgestaltung im einzelnen blieb einem besonderen Gesetz vorbehalten, das nach früheren Ankündigungen der Regierung so rechtzeitig dem Reichstag zugehen sollte, daß es am 1. Juli 1921 in Kraft treten könnte.

Erst am 20. Juni ist diese Gesetzesvorlage an den Reichstag gelangt. Wenn auch, wie zu hoffen ist, ihre Verabschiedung noch vor der Sommerpause des Reichstags gelingt, so ist doch mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli nicht mehr zu rechnen. Denn es müssen auch noch sehr ausführliche Ausführungsbestimmungen erlassen, die Arbeitgeber und die Behörden müssen mit den zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Formularen, Karten usw. versehen werden — Vorbereitungen, die bis zum 1. Juli nicht zu bewältigen sind.

Die Reichsfinanzverwaltung gedenkt nun, das Lohnsteuergesetz erst am 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen, nachdem im Oktober eine Personenstandsaufnahme vorangegangen sein wird, bei welcher der Arbeiter, Angestellte oder Beamte die Zahl seiner Familienmitglieder, für die er Abzüge bezw. Steuerermäßigungen beantragen kann, und eventl. auch sonstige für die Steuerleistung maßgebende Familienverhältnisse angeben hat. Um jedoch für die Zeit vor dem 1. Januar, also für die Monate April/Dezember den Steuerabzug so auszugestalten, daß auf die persönliche Veranlagung am Schlusse des Jahres verzichtet werden kann, plant die Finanzverwaltung, den wesentlichen Inhalt des neuen Gesetzes auf dem Verordnungsweg am 1. Juli oder einem nicht viel späteren Termin in Kraft treten zu lassen.

Welches sind nun die wesentlichen Bestimmungen der Vorlage, die, nebenbei bemerkt, wieder in die Form einer Änderung des Einkommensteuergesetzes überleitet ist und die Leberchrift „Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn“ trägt?

Erstens umschreibt sie ausführlich den Begriff des Arbeitslohnes. Als Arbeitslohn gilt der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in öffentlichem oder privatem Dienste beschäftigt oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form beziehen. Auch Parteigelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waispensionen fallen darunter.

Zweitens wird bestimmt, daß der Arbeitgeber vom Arbeitslohn 10 v. H. mit gewissen Ermäßigungen einzubehalten hat. Diese Ermäßigungen sind: 1. je 40 J. täglich (2,40 M. wöchentlich, 10 M. monatlich) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, 2. 60 J. bezw. 3,60 bezw. 15 M. für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind, 3. 60 J. bezw. 3,60 M. bezw. 15 M. für Werbungskosten, Versicherungsbeiträge usw.

Um diese Beträge vermindert sich, wohl bemerkt, der Betrag, den der 10prozentige Abzug ausmacht.

Die unter 1 und 2 genannten Ermäßigungen sind in anderer Berechnungsform schon seit 1. April d. J. in voller Höhe in Kraft, die unter 3 genannten dagegen nur zum Teil, nämlich soweit es sich um die gesetzlichen Versicherungsbeiträge handelt. Ein Abzug von dem zu versteuernden Einkommen für Fahrtkosten, Arbeitskleider und sonstige sogen. Werbungskosten, für Beiträge zu einer Lebensversicherung, für Gewerkschaftsbeiträge usw. ist dagegen beim Steuerabzug noch nicht durchgeführt. Da der Lohn- und Gehaltsempfänger auf einen solchen Abzug aber vom 1. April ab Anspruch hat, muß die Bestimmung über die Höhe dieses Abzuges mit Rückwirkung vom 1. April ab in Kraft treten.

Die Reparation

Paris, 25. Juni. Die Reparationskommission hat beschlossen, die auf das Reparationskonto abzuleifernde deutsche Kohlenmenge für den Monat Juli auf 2200000 Tonnen festzusetzen. Es ist das die gleiche Menge, die von der Kommission im vergangenen Monat festgesetzt wurde.

Berlin, 25. Juni. Wie die Blätter erfahren, werden die Staatssekretäre Hermann und Gagenheim am Dienstag mit Vorbehalt die Weisadener Verhandlungen in Paris fortsetzen. Am Freitag werden die Reichsversammlung mit der Reparationskommission über den Art. 4 Abs. 2 des Versailler Vertrages verhandeln.

Genf, 25. Juni. Der Völkerverbund hat die von der auf Grund des Art. 312 des Versailler Friedensvertrages eingesetzten Sachverständigenkommission zur Vorbereitung der Frage der Ubergabe der feinerzeit angelegten Reserven der ehemals deutschen Sozialversicherungen in Elßaß-Lothringen an die französische Regierung vorbereitete Vorlage angenommen und die von den Deutschen zu zahlende Gesamtsumme auf 65 Millionen französische Franken festgesetzt. Die Summe ist in Annuitäten zu zahlen. Nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen erhält Deutschland die 27 Millionen Kriegsanleihe zurück, die sich im Besitze dieser Sozialversicherungen befinden.

Das letzte Luftschiff

Friedrichshafen, 26. Juni. Am Montag früh 6 Uhr steigt das Luftschiff „Vodensee“ zu einer Probefahrt auf, die durch seinen Umbau auf die Größe des „Nordstern“ notwendig wurde. Mit der Annahme des Ultimatus ist es Italien zugesprochen worden. Es soll bei günstiger Witterung schon am Dienstag die weitere Reise nach der Luftschiffhalle Cambone bei Rom antreten. Damit geht das letzte Zeppelinluftschiff von der hiesigen Werft und aus Deutschland in Feindesland über.

Die Schleifung der deutschen Befestigungsanlagen im Rheinland

Bad Ems, 25. Juni. In Koblenz ist eine interalliierte Kommission, bestehend aus 7 Offizieren, eingetroffen, deren Aufgabe es ist, die Schleifung der Befestigungsanlagen im Rheinland vorzubereiten. Gestern fand bereits die erste Sitzung der Kommission statt, in der die Berichte der alliierten Kommandanten über den Wert der einzelnen deutschen Befestigungsanlagen an der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenze entgegengenommen wurden. Diese Berichte kommen zu dem Schluß, daß ein Teil der Werke noch von den Besatzungstruppen benutzt wäre, so daß mit ihrer Zerstörung noch gewartet werden soll, während die übrigen Befestigungsanlagen nunmehr geschleift werden.

Die Tagung des Londoner Exekutiv-Komitees

Berlin, 26. Juni. (Privattelegramm.) Am Montag tritt das Exekutivkomitee der Zweiten Internationalen in London wieder zusammen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird dort, wie gewöhnlich, durch ihren Vorsitzenden, Genossen Otto Weiss, vertreten sein.

Kritik an der französischen Regierung

Strasbourg, 26. Juni. Hier fand eine außerordentlich stark besuchte sozialistische Versammlung statt, in der die französischen Abgeordneten Cahin und Trostard sprachen. Cahin griff die französische Regierung in schärfster Weise an, weil sie durch ihre Unfähigkeit das französische Volk in Elßaß-Lothringen laotiert habe. Der Abg. Trostard ging besonders scharf mit den elßaßlothringischen Abgeordneten und Senatoren ins Gericht und beschuldigte sie, das Land verlanft zu haben.

Oberschlesien

Berlin, 25. Juni. Die aus Oberschlesien gemeldet wird, hat die interalliierte Kommission zum Sänderungsplan General Söfers ihre Zustimmung gegeben. Ueber einzelne Punkte besteht noch Unklarheit, so über die Kontrolle des polnischen Rückzugs und darüber, ob der deutsche Selbstschutz, wenn die Polen ihren Rückzug nicht durchführen, seine Stellungen wieder besetzen soll. Darüber wird noch verhandelt. Heute nachmittag tritt der 12er Ausschuß zusammen und wird sich nochmals mit der Angelegenheit befassen.

Breslau, 25. Juni. Der Hindenburg Kaufmannschaft ist von der hiesigen Justizbehörde aufgetragen worden, bis Samstag eine halbe Million Darlehen einzuzahlen. Die Fleischerinnung soll eine vierel Millionen, die Bäckerinnung soll 21000 und die Gastwirte 100000 M. befragen. Der Kreisfiskus hat dem polnischen Kommandanten den Befehl erteilt, dafür zu sorgen, daß die Einzahlung des Geldes unterbleibt.

Briand vor dem Kammerauschuß für Auswärtiges

Ein Konflikt mit Leygues

Paris, 25. Juni. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat unter dem Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten Leygues, im Palais Bourbon die Erklärungen von Briand entgegengenommen, über die Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, über die Maßnahmen gegen die Anwerbung in Oberschlesien, über die Entlassung Deutschlands, über die Wiesbadener Verhandlungen, über das Verhältnis der Ententeerregungen zur Regierung von Athen und Angora zum Zweck der Bagifizierung im nahen Orient und schließlich über das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit Lord Curzon. Briand machte bei seinen Ausführungen über die Zwangsmassnahmen im Rheinland folgende interessante und recht sonderbaren Mitteilungen. Ueber das Verhältnis der französischen zur deutschen Regierung erklärte Briand, daß das Kabinett Briand dasjenige sei, das bis jetzt am meisten geeignet sei für eine erprieckliche Zusammenarbeit mit Frankreich. Reichskanzler Dr. Wirth persönlich sei nach Ansicht Briands einer der bedeutendsten Köpfe des gegenwärtigen öffentlichen politischen Lebens in Deutschland. Die Zwangsmassnahmen seien allerdings hart, sie könnten aber vorderhand nicht gemildert werden. Damit wollte Briand offenbar sagen, daß die französische Regierung dem englischen Wunsch auf eine Abschaffung dieser Zwangsmassnahmen sich widersetze. Das ist nicht besonders bemerkenswert, aber höchst merkwürdig ist die Begründung. Briand hat nämlich gesagt, daß von einer Rückgängigmachung oder Aufhebung der Zwangsmassnahmen die Stellung des Kabinetts Wirth abhängt, weil das Kabinett Briand die außerordentlich starke Sinnesgruppe gegen sich habe. Im Falle der Beilegung der Sentenzen würde die Sinnespartei argumentieren, daß die Notwendigkeit eines francophilen Kabinetts nicht mehr gegeben sei, und man dieses Uebergangskabinett stürzen könne.

Ueber die obereschlesische Frage äußerte sich Briand, daß die englische Regierung sich dem französischen Standpunkt näherte. Briand ging aber weiter mit der Erklärung, daß die französische Auffassung über die Lösung der obereschlesischen Frage im Begriffe sei, durchzubringen, in dem Sinne, daß der größte Teil des Industriegebietes von Oberschlesien an Polen fällt.

1168 Milliarden Papiergeld in Rußland

Moskau, 27. Juni. Aus offizieller russischer Quelle verlautet, daß bis zum 1. April dieses Jahres in Rußland für 1168 Milliarden Papiergeld gedruckt worden sind. Als die Bolschewisten ans Ruder kamen, waren nur 22 Milliarden in Umlauf.

Die Wirtshausbesuche

Die Wirtshausbesuche

Die Regierungsvorlage bemittelt den für Werbungskosten, Beiträge usw. vom Steuerabzug frei zu stellenden Jahresbetrag auf 1800 M., was umgerechnet auf den Arbeitstag (bei 300 Arbeitstagen) einen Steuerbetrag von 60 M. ergibt. Es fragt sich, ob dieser Betrag für alle Fälle hoch genug bemessen ist. Die Regierung selbst meint diese Frage und schlägt vor, daß dem Steuerpflichtigen das Recht der persönlichen Veranlagung zustehe, sofern er Anspruch auf einen Abzug für Werbungskosten von mindestens 2700 M. erheben kann. Es wird aber Vorkehr zu treffen sein, damit auch der Steuerpflichtige, der Werbungskosten von zwar mehr als 1800 M., aber weniger als 2700 M. hat, zu seinem Recht kommt.

Lohn- und Gehaltsempfänger, die neben dem Arbeits-einkommen noch anderes Einkommen haben, sollen der Veranlagung unterliegen, wenn das Einkommen aus anderen Quellen mindestens 300 M. beträgt. Hier wird in Rücksicht auf die Kosten der Veranlagung eine Erhöhung auf wenigstens 500 M. zu erlangen sein. Unständige Arbeiter, die am selben Tag oder in derselben Woche bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind, und bei denen die Ermäßigung für Frau und Kinder und die Werbungskosten nicht auf die verschiedenen Arbeitgeber verteilt werden können, sollen einem Steuerabzug von 7 Prozent statt von 10 Prozent unterliegen. Hier fragt es sich, ob der Abschlag von 3 Prozent ein ausreichender Ausgleich für die geschädigten dargelegenen Ermäßigungsabzüge ist.

Bemerkenswert sei noch, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit mehr als 24 000 M. Jahreslohn zwar auch künftig dem zehnprozentigen Steuerabzug unterliegen, aber am Jahresabschluss veranlagt werden und den abgezogenen Betrag auf ihre Steuerschuld angerechnet bekommen.

Wirth — Stegerwald — Kahr

Wer die deutsche Reichs- und Landespolitik aus der Perspektive der Persönlichkeiten, die sie durchführen, betrachten will, dem bietet sich ein eigentümliches Bild dar. Die Politik des Reiches, die von Wirth, die Politik Bayerns, die von Stegerwald, die Politik Württembergs endlich, die von Kahr geleitet wird, — sie alle sind in ihren Grundzügen verschieden, arbeiten verschiedenen Zielen entgegen und von der namentlich von den bürgerlichen Parteien so oft geforderten Homogenität ist so gut wie nichts zu merken. Dabei ist außerordentlich interessant, daß Wirth und Stegerwald der gleichen politischen Partei, dem Zentrum, angehören, und daß Kahr als Mitglied der bayerischen Volkspartei zum mindesten dem Zentrum von allen vorhandenen Parteien am nächsten steht. Drei Seelen wohnen in einem Hause, das sich „Zentrum“ nennt.

Der einzige, der eine wirklich ehrliche demokratisch-republikanische Politik betreibt, ist der Reichskanzler. Während sein preußischer Fraktionsfreund Stegerwald es immer wieder ablehnt, ein gemeinsames Kabinett mit der Sozialdemokratie unter Ausschaltung der D.D.B. zu bilden, zeigt der von Wirth eingeschlagene Kurs, daß gerade die deutsche Reichspolitik auf dem richtigen Wege ist und daß nur eine ehrlich parlamentarisch-demokratische Republik imstande ist, die für Deutschland so notwendigen moralischen Eroberungen zu machen. Die Politik des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr endlich ist von der sozialdemokratischen Presse in ihren katastrophalen Folgen so oft gekennzeichnet worden, daß es kaum noch notwendig erscheint, sich auf neue Einzelheiten einzulassen.

Ein Punkt verdient jedoch hervorgehoben zu werden: In seiner Abwehrrede gegen die sozialistischen Interpretationen wegen der Ermordung des Abg. Gareis betonte Kahr, daß der künftige Kurs in Bayern — mehr nach rechts gerichtet sein müßte. Diese Auffassung steht in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu der Politik des Reichskanzlers Wirth, der die von rechts drohenden Gefahren deutlich erkannt und wiederholt bekundet hat, daß er nicht geneigt sei, sich seinen Weg von der verfassungsfeindlichen Richtung vorzuschreiben zu lassen.

Aus dieser Konstellation der Dinge ergeben sich für die Reichsregierung ganz besondere Schwierigkeiten.

Sie muß stets damit rechnen, von Preußen und Bayern in ihrer Politik nicht gefördert, sondern gehemmt zu werden. Mag auch der politische Kurs in Bayern und in Preußen gewisse Verschiedenheiten aufweisen, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß die Kabinette beider Länder sich in den entscheidenden Fragen, nämlich im Kampf gegen republikanische Rechte und Freiheiten stets zusammenfinden werden. Mit um so größerem Nachdruck muß nicht nur von der preussischen und bayerischen, sondern von der gesamten deutschen Arbeiterklasse die Forderung nach Befreiung dieser beiden Länderregierungen erhoben werden, die sich mehr und mehr als Faktoren der Uneinigkeit herausstellen und die schließlich die Einheit des Reiches in verderblicher Weise gefährden.

Die Sonntagsfahrarten

Am 1. Juli 1921 werden bereits auf den Stationen Karlsruhe und Mannheim für die durch Schalteranschlag bekannt gegebenen Verbindungen von Sonntagen und den Festtagen, Karfreitag, Ostersonntage, Simeonstages, Pfingstmontag, Fronleichnamstag, Mariä Himmelfahrt, ersten und zweiten Weihnachtstag, Sonntag, 3. und 4. Klasse für Hin- und Rückfahrt, nur gültig zu Personenzügen unter Gewährung einer Preisermäßigung von 33 1/2 Prozent gegenüber den regelmäßigen Fahrpreisen ausgedehnt. Die Karten gelten für Hin- und Rückfahrt an den vorerwähnten Tagen. Sie können schon am Tage vorher gelöst und — ausgenommen nach der Pfalz — zur Einfahrt schon an diesem Tage ab 4 Uhr nachm. benutzt werden. Im Verlehn nach der Pfalz ist die Einfahrt an Tagen vor Sonn- und Festtagen nicht zulässig. Nachmittags sind die Hin- und Rückfahrt je einmal gestattet, auch kann die Hin- und Rückfahrt von einer Zwischenstation angetreten werden. Die Rückfahrt muß auf der Zielstation der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr Mitternacht, von Unterwegsstationen spätestens mit einem Zuge angetreten werden, der die Zielstation um 12 Uhr Mitternacht verläßt. Die Rückfahrt ist nach Mitternacht ohne Fahrunterbrechung bei Zugwechsel mit dem nächsten anschließenden Personenzug zurückzulegen. Mit Sonntagsfahrarten 4. Klasse ist der Übergang in die 3. Klasse gestattet. In diesem Falle wird als Zuschlag der Unterschied zwischen gewöhnlichen Fahrarten 3. und 4. Klasse erhoben. Der Übergang in die 2. Klasse oder in Schnell- und Eilzüge ist nicht gestattet, auch nicht gegen Zuschlag des Preisunterchiedes. Kinder vom vollendeten 4. bis zum vollendeten 10. Lebensjahre und jüngere Kinder, für die ein Platz beansprucht wird, erhalten Sonntagsfahrarten zum halben Preis.

Bei der Einführung der Sonntagsarten handelt es sich zunächst um einen Versuch. Der Rahmen für die Auslegung dieser Karten muß daher nach Weisung des Reichsverkehrsministers möglichst eng gehalten werden. Auch im Hinblick auf die beschränkten Betriebsmittel und besonders mit Rücksicht auf die Ungelegenheit, ob die Kohlenversorgung gesichert bleibt. Die Ausgabe der Fahrkarten kann daher für Süddeutschland vorerst nur für die größten Städte Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe und Stuttgart vorgesehen werden und zwar auf Anordnung des Reichsverkehrsministers nur auf Entfernungen bis 60 Kilometer und nur in besonderen Ausnahmefällen bis 75 Kilometer.

Für Karlsruhe kommen hiernach Sonntagsfahrarten nach Heidelberg und Schwetzingen, nach dem Marstal bis Mannheim, in südlicher Richtung bis Ottenhöfen, ferner nach Forstheim und einigen Stationen der ehemaligen Württ. Staatsbahnen bis Widdach und Bad Leinach sowie nach Maxau und einigen Stationen der Pfalz in Betracht.

Für Mannheim sind Sonntagsfahrarten vorgesehen nach Schwetzingen, Heidelberg und dem Marstal bis Widdach (Baden), nach der Bergstraße bis Seeheim und nach dem Odenwald bis Fürtch, Wöhlten und Kailbach.

Die für den Ausflugsverkehr geeigneten Zielstationen, nach denen Sonntagsfahrarten in den bezeichneten Richtungen aufgelegt werden, sind unter Mitwirkung der beteiligten Handelskammern, Verkehrsverbände und Stadterverwaltungen, sowie des Schwarzwaldbereins und des Odenwaldklubs ausgewählt worden. Sowohl in Karlsruhe als auch in Mannheim werden eine Reihe von Sonntagsfahrarten mit Berücksichtigung von Wanderwegen aufgelegt, z. B. von Karlsruhe nach Gerolshausen und Baden-Baden. Auch diese Karten sind im Vernehmen mit den oben genannten Körperschaften festgelegt worden. Sobald die Betriebslage und die Kohlenversorgung es gestatten, wird der Ausbau der Einrichtung der Sonntagsfahrarten auf weitere größere Städte näher getreten werden. Für Fahrten vom Lande und von kleineren Städten nach den Großstädten dürfen Sonntagsfahrarten nach Weisung des Reichsverkehrsministers nicht ausgedehnt werden.

Badische Politik

Eine Gegenfrage zu einer deutschnationalen Anfrage. Die deutschnationale Fraktion hat im Badischen Landtag eine Anfrage eingebracht bezüglich Vorkerkungen, damit im Regierungsorgan Unarten von unerwünschter Wirkung wie jetzt gegen Bayern nicht mehr vorkommen.

Der „Badische Beobachter“ meint hierzu zutreffend, daß nach der Erklärung der Regierung diese kurze Anfrage wirklich unnötig sei, um dann fortzuführen: „Wollen übrigens die Deutschnationalen, wenn sie schon einmal so ordnungsliebend in Presseangelegenheiten sind, nicht gleichzeitig eine weitere kurze Anfrage oder besser gleich eine förmliche Anfrage einbringen des Inhalts: Was bedeutet die badische Regierung zu tun, um empfindliche, nichtswürdige Angriffe auf Mitglieder der Staats- und Reichsregierung in der „Süddeutschen Zeitung“ zu verhindern?“

Man darf gespannt sein, ob die deutschnationale Fraktion dieses Verjáumnis in einer Ergänzung ihrer kurzen Anfrage nachholt.

Eine Resolution auf Wiedereinbringung des Sperrgesetzes

Die Aufhebung des Grundstückerwerbsgesetzes schlägt immer weitere Wellen. Im ganzen Lande herrscht Entrüstung darüber, daß dieses sozial hochbedeutungsvolle Gesetz gefallen ist. Dabei kommt allgemein die Forderung zum Ausdruck, es schnell möglichst wieder herzustellen. Aus dieser allgemeinen Stimmung heraus, der sich auch die bürgerliche Mehrheit des Badischen Landtags nicht entziehen kann, wurde in einer Versammlung der Württembergischen Mannheimer nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Gen. Dr. Kraus-Heidelberg folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Am Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung heißt es: Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die die Wirtschaft fördert und dem Ziele zutreibt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung, und allen deutschen Familien, besonders den linderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsmittel zu sichern.“

Durch die Aufhebung des Sperrgesetzes wird dieser Grundsatz, in dem eines der wichtigsten Grundrechte unseres deutschen Volkes beruht, aufgehoben und damit der Grund und Boden wieder der Spekulation ausgeliefert. Ihr ist nunmehr wieder Gelegenheit geboten, mit dem beständigen Gut unseres Volkes zu wuchern und unser Volk immer fester in die Ketten des Bodenkapitals zu spannen. Wegen einer solchen Verwahrlosung des größten Reichtums unseres deutschen Volkes zum Vorteil einer geringen Schicht, erheben wir mit aller Entschiedenheit Einsprüche und verlangen von jedem Volksvertreter, den Willen des Volkes, der im Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung festzuhalten und den Grund und Boden gesund zu erhalten und seine ganze Handlungsmacht auf diesen Volkswillen einzustellen.

Wir verlangen die Wiedereinbringung dieses Gesetzes als Initiativentwurf im Landtag und seine sofortige Verabschiedung. Nötigenfalls soll durch ein Volksbegehren der Wille des badischen Volkes entschieden werden.

Da die in der Resolution niedergelegte Auffassung und die Notwendigkeit des Sperrgesetzes allenfalls zugegeben wird, wird die Frage wohl auch in den Fraktionen der Reichstages zu nochmaligen Erörterungen Anlaß geben.

Die Donaueschinger Vereinigungs-Konferenz

Zu dem Bericht, den wir über die Konferenz brachten, die am vorletzten Sonntag zu Donaueschingen über die Frage des politischen Zusammenstoßes von Württemberg, Baden und Hohenzollern tagte, schreibt uns Reichstagsabg. Gen. Dr. Starck unterm 22. d. M. aus Berlin:

In einigen Berichten der Presse wird bemerkt, ich sei an der Teilnahme an der Konferenz verhindert und die Konferenz seien deshalb dort sehr einseitig verlaufen. Dazu möchte ich das folgende feststellen: Ich erhielt vor circa 8 Wochen von Herrn Bürgermeister Fischer (Donaueschingen) im Auftrag des vorbereitenden Komitees die Einladung zu der Konferenz vom 19. d. M. mit der Anfrage, ob ich bereit sei, auf derselben im Sinne der Zusammenlegung der drei Länder zu sprechen. Ich sagte das Letztere zu, erbat aber gleichzeitig um die Verschiebung des Konferenztermins um etwa 14 Tage, da mir und den übrigen sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern aus Baden die Dispositionen des Reichstags das Erscheinen in Donaueschingen zum 19. Juni höchst wahrscheinlich nicht gestatten würden. Diesem meinem Ersuchen wurde zu meinem Bedauern nicht entsprochen, wozu ich allerdings erst am Morgen des Sonntag-

Züllinger und seine Zucht

Roman von Konrad Loeb (Fortsetzung.)

Die Oberdeutschen hatten das giftigste, schwerste Gas aus ihrem reichhaltigen Vorrat gewählt, das wie ein höllischer Regen in die Erde drang. Damit schossen sie fünf Stunden lang, worauf die Sachverständigen einen durchschlagenden Erfolg garantieren zu können glaubten.

Man brauchte nun nur noch einen halben Tag zu warten, bis das Gas durch Oxydation an der Luft unwirksam geworden war.

Aber die Züchlinge sahen wohlbehalten in ihrer Höhle. Züllinger hatte sicher schließende Doppeltüren in alle nach dem Werke zu gelegenen Öffnungen einbauen lassen; er hatte sogar für geeignete Lüftung des Stollens gesorgt. Etwa einen Kilometer vom Werke entfernt stand eine kleine Fabrik mit zwei hohen Schloten, und gerade unter ihr führte der Stollen vorüber. Die Züchlinge hatten nun aber einen Schacht nach oben durchgebrochen und unter Züllingers Leitung Ventilatoren so künstlich aufgestellt, daß sie sich durch die Schloten mit frischer Luft aus der Höhe versorgen konnten. Sehr bald ging fröhlich das Licht aus. Die Elektrizitätswerke, deren Maschinen fast von selbst weitergelaufen waren, wurden zertrümmert.

Züllinger hatte allerdings als vorsichtiger Mann ein Paar Akkumulatoren in die Unterwelt bringen lassen, aber man mußte sparen. Die Dunkelheit und der Kärm der oben einströmenden Gase machte die Verhinderung schwierig, und so legten sich die Züchlinge hin und schliefen, bis sie die endlich eingetretene Stille erweckte. Da wöhnten sie und fragten einander, was denn das alles zu bedeuten habe.

Züllinger machte Licht und ließ Graber schaufeln für Stephanie und für die von den Bomben erschlagenen Züchlinge. Und er hielt, wenigen zwar nur vernehmbar, die Reden.

„Da liegst du nun, Stephanie, du dritte und treueste von Dreien, ganz tief im Schoß der Erde. Das Kleinliche fällt von uns ab. Du sorgtest bis heute für den unversehrten Bestand meiner Denkmäner, dein Leber bestand aus nichts als Sorge um die Sorgen anderer, und so warst du liebenswert und widerlich zugleich. Die Zeit war nicht danach, daß dein Leben aus Freude an der Freude anderer hätte bestehen können. Wann aber, so frage ich, wann kommt der Tag, an dem die Menschen andere erfreuen, indem sie sich erfreuen? Wann

werden die Menschen einmal Menschen sein? O Jammer! Jahre hin, du betrogenes Geschöpf der Not, du Skavin. Es wäre besser gewesen, du hättest nie gelebt. Auch den Oberdeutschen!

Und ihr, tote Geschöpfe der Hoffnung auf bessere Zeiten, unnatürlich gezugt und unnatürlich bernichtet, ihr mutterlosen, angeerbtigt zur Zwangsarbeit, verblödet, gepeinigt und nach drei Tagen der Freiheit getötet; beigelegt neben der Skavin und trotz euren Schwielen gleichsam unbesiegt vom Skaventum; ohne Schuld, ungleich uns, den Alten. Auch über uns; ihr Vorkäufer, ihr frühen Wegweiser ins Dunkel, euch Toten schreie ich nach.

„Lief in der Erde, werfen wir Erde auf dich, Weib, zur Liebe geboren, das im Gasse starb, und auf euch, zur Anechtlichkeit gebildet, zum Hof erzogen und in der Freude der Freiheit erschlagen aus heiterem Himmel im Mai.“

„Nach den Oberdeutschen; Heil der freien Erde!“

Dann warfen sie die Graber zu, und die Züchlinge aßen und fragten, wie lange sie noch da unten sitzen sollten.

„Wartet nur noch bis zum Morgen!“ sagte Züllinger und ging zu dem Luftschacht unter den Schornsteinen.

„Seht, die Sterne funkeln noch.“

Und er ließ einen Züchling in einem der Schächte hochsteigen.

„Was siehst du?“

Der Züchling rief durch das Sprachrohr des Schloßes herab, was er sah:

„Einen Himmel voll Sterne, Bänder nahe am Boden und weiter in einem großen Kreise, und einen hellen Schein ganz fern.“

„Noch eine Stunde!“ dachte Züllinger und gab Befehle.

„Grabt, ihr Maulwürfe; grabt fleißig hundert Löcher zur Oberfläche, hundert Löcher zum Morgenlicht. Wenn aber der große Schall kommt, dann springt unerschütterter heraus. Laufst nicht in die Wolke, die über den Werken des toten Knobbe liegen wird; vermeidet ängstlich den Rauch, der über die Erde gießt. Stürzt euch auf die Oberdeutschen, tötet sie; sie haben ja eure Brüder erschlagen und wollen auch euch an Leben.“

„Wer er hatte keine Hoffnung auf Gelingen; er hatte nur noch den Wunsch nach dem Ende.“

„Was siehst du?“ fragte er wieder den Mann auf dem Schloße.

„Ich sehe Einzelne,“ sprach der, die große Sauben an Stelle der Köpfe tragen und dorthin laufen, — über das Werk war. Nur Steinhäufen sind jetzt noch dort. Es wird heu-

höre Ruße, Duffschlag und Wagengerassel. Jetzt sind viele auf dem Werke, aber noch viel mehr ziehen in großen Haufen davon. Sie laufen durcheinander und schreien. Alle Straßen sind schwarz von Menschen. Horch, wie sie brüllen! Sie singen ein scheußliches Lied.“

Züllinger horchte.

„Weiß der Teufel, sie singen die Nationalhymne. Jetzt ist's Zeit.“

Da ließ er seine giftigen Mienen springen.

„Was ist denn das?“ sprachen die Leute jenseits der Grenze. Die zehntausend Arbeiter, die so unermüdet am Abend des 1. Mai gekommen waren, erzählten fabelhaftes von den Oberdeutschen, von Züllinger und seiner Zucht.

„Ihr lügt!“ sagten die Ausländischen unglaublich.

„Nebezeugt euch selbst!“ sprachen die Arbeiter, noch zerschend vor Aufregung. Da flog ein Flugzeug über Oberdeutschland, kreiste über den Werken Knobbes und kehrte zurück. Die Beobachter bestätigten die Aussagen der Arbeiter.

Dann werden wir helfen. Vertilgen wir doch endlich die Oberdeutschen, diese Rest des Menschengeflechtes!“

Die Nachbarvölker erhielten Nachricht, Aufgebote ergingen, die großen, längst bestimmten Kanonen wurden aus den Rückhäusern gezogen. Und alle sprachen:

„Vertilgen wir doch endlich diese Rest des Menschengeflechtes. Töten wir den Drachen!“

So brachten sie über die Grenzen, die schlecht bewacht waren; denn die Mächte der oberdeutschen Reichsmehr war gegen die Züchlinge marschiert.

Ihre Heerzüge wählten sich von allen Seiten ins oberdeutsche Land und trieben die Oberdeutschen vor sich her. Ein ungeheurer Schrecken bemächtigte sich der Oberdeutschen, aber der neue Kaiser, der mit dem Herr über den Knobbe war, erließ schnell noch wohlthätende Kriegserklärungen, und Götterleuchter sprach einen furchtbaren Mannsinn aus. Gleichzeitlich schickten sie, von Angst geschüttelt, Unterhändler.

„Legt die Waffen nieder!“ befahlen die freien Völker. „Euer Vermögen verfallt den Unterdrückten, euer Land unterer Aufficht, eure Hände sollen Arbeitshände werden.“

Diese Zumutungen erschienen den Oberdeutschen höchst ungebührlich und unverdient. „Ihre Geldhände werden euch erwürgen!“ antworteten sie, gleichwohl gitternd.

(Schluß folgt.)

10. Juni, selbst Kenntnis erhielt, als ich in Mannheim aus Berlin eintraf, um einer anderen rednerischen Verpflichtung zu genügen (die ich allerdings nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der rechtzeitigen Abkömmlichkeit aus Berlin übernommen hatte). Es war mir natürlich völlig unmöglich, an diesem Vormittag von Mannheim nun noch rechtzeitig in Donaueschingen einzutreffen; der einzige Zug, der mir zu dieser Meile in diesem Augenblick zur Verfügung stand, hätte mich erst um 1/2 Uhr nachmittags dorthin gebracht, also zu einem Zeitpunkt, als die Verhandlungen voraussichtlich bereits beendet waren.

Aber ganz abgesehen von dieser Seite der Sache möchte ich doch auch nicht veräumen, festzustellen, daß mir von irgend einer bestimmteren Tagesordnung der Konferenz und insbesondere auch davon nichts mitgeteilt worden war, daß die Herren Abg. Dietrich und Geh. Rat Reimann, zwei bekannte Gegner der Vereinigung, in Donaueschingen sprechen würden. Und weiterhin darf ich wohl auch mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß einer der bekanntesten und eifrigsten Vertreter des Zusammenschlußgedankens aus der Zentrumspartei, mein Reichstagskollege Diez-Madolff, keine Einladung zu der Konferenz erhalten hatte, obwohl er doch schon durch die räumliche Nähe seiner Heimat in erster Linie mit dazu berufen schien. Einer Bemerkung des Berichtes der Freiburger „Volksmacht“ gegenüber, die es lautet zu müssen glaubte, daß weder von den sozialdemokratischen Reichstagskollegen, noch von den Landtagsabgeordneten Baden einer in Donaueschingen anwesend war, stelle ich endlich fest, daß weder meinen Reichstagskollegen Reimann und Diez-Madolff, noch auch — so viel mir bekannt — einem Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Bad. Landtags eine Einladung zur Donaueschingener Konferenz zugegangen war.

Die Landesynode befaßte sich in ihrer weiteren Berathung mit der Organisation des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule. Es wurde festgestellt, daß die Einrichtung von Schuljahren lebhaften Anklang in der ev. Lehrerschaft gefunden habe. Von Seiten des Oberkirchenrats wurde eine baldige Neubearbeitung der Lehrpläne angekündigt. Einen breiten Raum der Erörterungen nahm die Katechismusfrage ein. Die Synode kam einstimmig zu dem Beschluß, den Oberkirchenrat zu ersuchen, ein Ausschreiben ergehen zu lassen. Die bis Ende dieses Jahres unter einem besonderen Kennwort eingehenden Katechismusentwürfe sollen einem kleinen Synodenausschuß zur Prüfung und Auswahl vorgelegt und die letzte Entscheidung der Landesynode vorbehalten werden. Die Versammlung gab dabei gewisse Richtlinien ihre Zustimmung, unter denen die Ausarbeitung eines brauchbaren Schulbuchs zu erfolgen hat. Die Synode gab sodann, antwortend auf die Weimarer Verfassung dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß in Baden die Simultanschule erhalten bleibt. Das Recht des Lehrers, auf die Erteilung des Religionsunterrichts zu verzichten, wird anerkannt, andererseits aber betont, daß alles daran zu setzen sei, damit die evangelische Jugend unter dem Segen eines tüchtigen Religionsunterrichts heranwächst. — Weitere Gegenstände der Verhandlungen bildeten die Fragen der Beaufichtigung des Religionsunterrichts, und der Antrag des Volkskirchenbundes betr. kirchliche Feiern am 1. Mai. Nach nochmaliger Beratung im Ausschuß beschloß die Synode mit Mehrheit, über dieses Verlangen zur Tagesordnung überzugehen.

Die Landesynode befaßte sich in drei weiteren Sitzungen mit dem Hauptbericht des Oberkirchenrats. Das neue Kirchenbuch konnte nicht die endgültige Fassung erhalten, weshalb zurzeit eine gewisse Agentenfreiheit obwaltet. Neben der Kredit wurde eine regere Pflege des Kirchengesangs, namentlich aber eine reichere Liturgie gewünscht. Einige Kritik erfuhr das Gesuch der abgetrennten Kirchengemeinden und der Erlaß des Oberkirchenrats zu § 218 A.S.G.B. Die Zahl der Kirchengemeinden ist von 800 auf 1065 gestiegen. Lebhaftere Erörterungen knüpfen sich an das Programm des Volkskirchenbundes. Ein Redner schilderte die Reiben der Bevölkerung im besetzten Gebiet, der die Synode das wärmste Mitgefühl bezeugte.

Zu einer längeren Aussprache führten die Aufgaben der Kirche auf dem Gebiete der Jugendpflege. Die Synode gab ihre Zustimmung zur Errichtung einer Zentralstelle für Jugendfürsorge, sobald sich die evangelischen Jugenddienste und die Innere Mission auf eine Zusammenarbeit eingestellt haben. Die Aussprache wandte sich dann dem kirchlich sozialen Pfarramt zu, das im vorigen Jahre in Mannheim existiert wurde und dem auch das Generalsekretariat der evangelisch-sozialen Männer- und Arbeitervereine übertragen ist. Hierzu gelangte unter Ablehnung eines Antrages der volkskirchlichen Gruppe eine Entschließung zur Annahme, die besagt: „Die Synode lehnt es ab, für irgend ein Wirtschaftssystem Propaganda zu machen und erkennt es als unerlässliche Pflicht der Kirche, wie das ganze öffentliche Leben so auch jedes Wirtschaftssystem nach den sittlichen Grundfragen des Evangeliums zu beurteilen.“ — Nach der Feststellung, daß sich das evangelisch-kirchliche Presseamt durchaus bewährt habe, wandte sich die Synode dem kirchlichen Leben als solches zu. — Unter den weiteren Punkten des Verhandlungsstoffes boten das Gebiet der Evangelisation und die theologische Prüfungsordnung Gelegenheit zu einer Fülle von Anregungen.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Volksbühne Karlsruhe

Zum Abschluß des ersten Spieljahres der Volksbühne fand am 21. ds. Mts. im kleinen Saal des Konzerthauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die recht gut besucht war: Von 76 Organisationen waren 43 vertreten. Nach der Eröffnung und Begrüßung der Versammlung durch den 1. Vorsitzenden des Vereines, Herrn Regierungsrat Günther, nahm sie zunächst den Bericht des Geschäftsführers, Direktor Hans Blum, entgegen. Er schilderte den Erfolg des Jahres im großen und ganzen als sehr befriedigend. Die Volksbühne betrieb für 92 Vorstellungen und 6 Konzerte und 119 000 Karten. Der Spielplan konnte bis auf ein kleines Weniger an Konzerten reiflos durchgeführt werden. Es wurden 9 Schauspiele, 3 Opern, 1 Operette und 6 Konzerte gegeben. Außerdem beteiligte sich die Volksbühne mit drei Abenden an der badischen Woche. An Schauspielen wurden zwei Klassiker: „Die Räuber“ und „Emilia Galotti“, zwei modernen Werken: „Stein unter Steinen“ und „Stüben der Gesellschaft“, ein Volksstück: „Seimigfunden“, zwei literarisch zu wertende Lustspiele: „Die Journaflisten“ und „Der Wiberpelz“, sowie endlich als reine Unterhaltungssabende zwei Schwanke: „Der Biblshelzer“ und „Benion Schöllner“ ausgeführt. Die Oper brachte: „Bar und Zimmermann“, „Evangelimann“ und „Wibschüb“. Als Operette wird „Der Vogelshändler“ herauskommen. Für September sind keine Vorstellungen vorgesehen. Im Oktober beginnt dann das neue Spieljahr. Das finanzielle Ergebnis des Jahres ist, daß die Verwaltung ohne besondere Ueberdüsse zu erzielen mit ihren Mitteln auskommt. Da des weiteren das Landestheater von einer Steigerung seiner Eintrittspreise absehen will, so ist auch die Volksbühne in der Lage, ihre bisherigen Preise beizubehalten. Bedingt der Preis der Ausweiskarte, die neu ausgeben wird und wiederum für ein Jahr Geltung hat, wird von 80 S auf 1 M erhöht.

Die Zusammenarbeit mit dem Landestheater vollzog sich nicht ganz so reibungslos, wie es im gegenseitigen Interesse wünschenswert gewesen wäre. Die Volksbühne hatte zu Klagen sowohl wegen der mangelnden Güte einzelner Vorstellungen,

* Die Wahlen zur Evangelischen General-Synode. Der Evangelische Oberkirchenrat hat jetzt die Einzelergüsse der Wahlen zur Evangelischen Landes-Synode am 7. November 1920 erscheinen lassen. Danach haben die Positiven erhalten in ganz Baden 75 798, die Liberalen 43 581, die Landestheologische Vereinigung 11 012 und die Volkskirchliche Vereinigung 11 763 Stimmen. Im ganzen sind 143 317 gültige Stimmen abgegeben worden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Juni. Im Regierungstisch: Dr. Brauns, Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min. Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Das Gesetz zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland wird dem Reichsausschuß überwiesen. Das Gesetz über die Zulassung von Offizieren beim Reichsfinanzhof wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache verabschiedet. Ebenso das Gesetz über die Ausgabe von Schuldverschreibungen zur Ausführung des Zahlungsplanes der Reparationskommission vom 5. Mai 1921 und das Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen wegen Wohnungsmangel bis zum 31. März 1922.

Es folgt die 2. Lesung des Haushaltsentwurfs des Reichswirtschaftsministeriums. Dazu liegt eine Entschärfung des Ausschusses vor, in welcher eine Nachweisung über die finanzielle Beteiligung des Reiches an den Kriegsgesellschaften und ähnlichen Organisationen verlangt wird, ebenso die Vorlage der Jahresabschlüsse dieser Gesellschaften und eine Denkschrift über die finanziellen Ergebnisse.

Abg. Dr. Hefterich (D.R.) beantragt, die Reichszuschüsse für die Messen in Frankfurt a. M., Breslau und Stuttgart zu erhöhen, wie es der Reichswirtschaftsrat bereits vorgeschlagen hatte. Kom Ausschuß sind diese Positionen gestrichen worden. Die Messen sind ein wirksames Mittel der Auslandspropaganda.

Abg. von Rheinbaben (D.R.) stimmt den Anträgen zu. Ein Regierungsvertreter: Angesichts der gestiegenen Kosten für diese Messen bedauert die Regierung, nicht mehr Mittel für die Messen bereitstellen zu können, wie sie die Vorlage bereits enthält. Den Antrag auf weitere Erhöhung der Zuschüsse um 1/2 Millionen Mark bittet die Regierung, im Hinblick auf die Notlage des Reiches, abzulehnen.

Abg. Dr. Schäfers (Dem.) bittet um Annahme der weitergehenden Anträge. Der deutsch-nationale Antrag wird mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten angenommen. (Anruhe links.)

Der Präsident erklärt, daß die Möglichkeit bestehe, daß in der 3. Lesung der Beschluß durch ein besser besetztes Haus wieder aufgehoben wird. Durch diese Beschlüsse werden die Reichszuschüsse für die Messen in Leipzig auf 12 Millionen, in Breslau auf eine Million, in Frankfurt a. M. auf 2 Millionen und in Stuttgart auf 1/2 Million erhöht.

Abg. Dr. Quast (D.R.): Stimmt es, daß 800 000 M der Reichsrentenhandelsbank in die Form einer Privatgesellschaft übergeben sollen? Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Geschäftsbücher der Kriegsgesellschaften vom Reichstag nicht kontrolliert werden können.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Die Reichskontrollstelle überprüft das Geschäftsgehehen der Kriegsgesellschaften in Verbindung mit dem Rechnungshof. Ueberprüfungen der Kriegsgesellschaften gehen in die Reichsverwaltung über. Ein besonderer Ausschuß von 21 Mitgliedern des Reichstages und 7 Regierungsmitgliedern hat das Geschäftsgehehen der Kriegsgesellschaften untersucht.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) stellt fest, daß der Haushaltsausschuß des Reichstages hinsichtlich der Kriegsgesellschaften stets seine Schuldigkeit getan hat.

Abg. Dr. Quast (D.R.) bedauert, daß noch niemals eine Gesamtübersicht über die Mittel vorgelegt worden ist, die wir in die Kriegsgesellschaften stecken müßten.

Reichswirtschaftsminister Schmidt erwidert, daß im Ausschuß die sämtlichen Bilanzen vorgelegt wurden. Damit ist das Recht des Reichstages gesichert. Es ist kein Grund, in die Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften Mißtrauen zu setzen. Wir haben nichts zu verheimlichen.

Staatssekretär Schäfers ergänzt, daß den berechtigten Wünschen des Reichstages deshalb Rechnung getragen sei.

Abg. Dr. Quast (D.R.): In uns interessiert nur der Vermögensstand des Reiches, der in den einzelnen Gesellschaften steckt. Wir müssen abschätzen die Möglichkeit haben, das Schicksal dieser Kapitalien zu verfolgen.

Der Hauspräsident wird angenommen. Das Haus vertagt sich auf Montag 3 Uhr. Tagesordnung: Nachtragssetz, Flaggenfrage. Schluß 1/2 12 Uhr.

Aus der Partei

Reichenbach, (Soz. Partei). Am Mittwoch abend 1/2 9 Uhr, findet in der „Sonne“ eine wichtige Parteiverammlung statt. Es ist das Erscheinen aller Parteimitglieder erforderlich.

wie auch die teilweise unpünktliche Ablieferung derselben. Beide Mischstände erklären sich in der Hauptsache als Resultate der Trennung des Intendantenwechsels am Landestheater. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß sie unter Herrn Polkners, des neuen Intendanten, Leitung nicht mehr in die Erscheinung treten werden, da er größtes Interesse für den Volksbühnengedanken zeigt. Erfreulich gilt vollzog sich nach wie vor der Zerbruch der einzelnen Organisationen mit der Leitung der Volksbühne.

Die Tatsache, daß die Stadtverwaltung der Volksbühne kein Büro zur Verfügung stellen will und diese so gezwungen, ist, sich Möbel zu kaufen, da sie ihr auch die bis dahin teilweise überlassenen Konzerthausmöbel entzogen hat, gibt Veranlassung, das wenig entgegenkommende Verhalten der städtischen Verwaltung näher zu beleuchten. Sie hat anscheinend kein allzugroßes Interesse für die hohe kulturelle Bedeutung der Volksbühne, ganz abgesehen davon, daß diese ihr erst einen einigermaßen wirtschaftlichen Betrieb des Konzerthauses ermöglicht. Hat doch die Volksbühne an Einlaß- und Garderobengebühren, Aufbartheilssteuer und Pacht nur 150 000 M an die Stadtkasse abgeführt. Trotz allem aber werden die so dringend nötigen Umbauten an der total verfallenen Bühne nicht vorgenommen, obwohl sie teilweise sogar schon vor Jahresfrist genehmigt waren. Allerdings ist nun erneut ein Umbau auf September ausgesetzt und es ist nur zu hoffen, daß die Versprechungen diesmal auch wirklich in die Tat umgesetzt werden.

In dem nun folgenden Bericht über stattgehabte Kassenrevision nahm der Revisor, Herr Oberle, Gelegenheit, Herrn Direktor Blum Anerkennung für seine Tätigkeit auszusprechen, worin sich ihm bei der nun folgenden Aussprache verschiedene Redner anschlössen. Im übrigen ergab die Aussprache eine Reihe von Wünschen und Klagen, die vom Vorstand und Leitung zur Kenntnis genommen wurden. Vor allem sollen die Vertrauensleute für ihre undankbare und dornenbolle Arbeit des Kartenservierens durch eine Anzahl eigens für sie berufener Unterhaltungsabende entschädigt werden. Ein beratiger Abend hat bereits in dieser Spielzeit stattgefunden. Ob eine höhere Entlohnung der Vertrauensleute möglich ist, wird der Vorstand noch prüfen. Große Hoffnungen können in diesem Punkte nicht gemacht werden, da dadurch die Preise der Karten erhöht

Aus dem Lande

Forstheim, 25. Juni. (Unfall.) Am letzten Samstag stürzte infolge eines Fehltrittes der Waldhüter Lohrer in den Futtergang. Er konnte allein aufstehen und noch das Nachsteffen einnehmen, später aber stellte sich ein Unwohlsein und eine schwere Ohnmacht ein. Vorgekern ist der Verunglückte nun gestorben, ohne daß er das Bewußtsein wieder erlangte.

Vietzingheim, 25. Juni. Die Ortsgruppe der Kriegsgesellschaftigen und Kriegshinterbliebenen hat von einem in Amerika ansässigen Vietzingheimer den Betrag von 2000 M erhalten.

Untergrömbach, 25. Juni. Gestern mittag 1/2 8 Uhr brannte das Wohnhaus des Zigarrenmachers Jos. Stoll nieder. Dem tatkräftigen Eingreifen der hiesigen freiwilligen Feuerwehr ist es zu verdanken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt blieb. Die Fahrnisse konnten zum größten Teil gerettet werden, doch ging ein ansehnliches Quantum Kabak zu Grunde, da der Mann Zeimarbeiter ist. Man vermutet, daß die Frau, die geistig umnachtet ist, den Brand gelegt hat. Dem Richterchen wendet man allgemeine Teilnahme zu, da ihr Vater auch noch seit längerer Zeit schwer krank im Krankenhaus liegt.

Mannheim, 25. Juni. Ueber einen Akt außerordentlicher Rohheit teilt das Tagblatt mit: In einem Zug zwischen Baginhausen und Hohenheim wurde ein Fahrgast, der einen jungen Hund bei sich hatte, vom Kontrolleur ohne Hundefarke angegriffen. Was tat der rohe Mensch? Er warf das Tier kurzerhand zum Fenster hinaus. Trotzdem wurde er später vorgeführt und mußte nachzahlen.

Rebbrach, 25. Juni. Das Amosjen des verstorbenen Waisentales Georg Braun ist am Donnerstag vollständig niedergebrannt.

Gengenbach, 25. Juni. Der 25jährige Jakob Krumbrücker schoß sich versehentlich in die Hand. Er beachtete die Wunde nicht, sodaß sie sich verschlimmerte und schließlich Wundstarrkrampf eintrat, an dem er gestorben ist.

Reckhausen, 26. Juni. Selbstmord. Wegen Arbeits- und Mittellosigkeit hat sich der 18jährige Tagelöhner Valentin Deid erhängt.

Alten, 26. Juni. Festgenommen. Samstag nachmittag wurde hier der 43 Jahre alte Elektromonteur Heinrich Koch aus Karlsruhe verhaftet. Er hatte der Rhein. Elektrizitäts-A.G., Neubrunn Alten, 18 000 M unterschlagen und diesen Betrag in kurzer Zeit bis auf 327 M durchgebracht.

Fautenbach, 26. Juni. Ein frecher Einbruchdiebstahl wurde dieser Tage hier begangen. Einige Diebe drangen beim hellen Tag in die Wohnung des Polizeidiener Morgenthalet, indem sie eine Giebelwand einschlugen. In der Wohnung stahlen sie etwa 6000 M, ein großer Teil des gestohlenen Geldes waren Dienstgelder.

Kleine Mitteilungen: Die aus Fröhd bei Schönau gemeldet wird, entdeckte ein Hirte auf der Weide einen Bienschwärm, moton er einen Anker benachrichtigte, der dann den Schwarm im Kästen zu den feigen gestellte. Als Trinität für diesen sehr wertvollen Fund erhielt der Hirte — zwei Stück Kautabak! — Einem Bürger in Pfaffenweiler waren die Pratsarten ausgegangen. Um sich Brot für seine Familie zu beschaffen, ging er in eine auswärtige Mühle, wo er auch einen Raib Brot bekam, allerdings für den enormen Preis von 12 M!

Eberbach, 25. Juni. Grobfeuer. Die Holzgänger von Wilhelm Engelhardt ist gestern nachmittag niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend.

Mosbach, 25. Juni. Wie nachstehender Vorfall meldet, müssen die Eltern immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, ihre Kinder nicht ohne Aufsicht in den Wald zu lassen. Am 19. ds. Mts. wurden im Walde zwischen Krumbach und Lindach an Heidebeeren suchenden kleinen Mädchen von einem fremden Wurschen unzüchtige Handlungen vorgenommen. Der 16 Jahre alte Wursche aus Großscholzhelm wurde inzwischen durch einen Gendarmernachtmeister ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht.

Guten Appetit! Man schreibt uns: In Ru am Rhein, Amt Rastatt, dem armen Stadthausier bekannt als der teuerste Landort weit und breit, verkaufte der sehr begüterte Landwirt Weisenburger, nebenbei Gemeinderat, Kirchenrat und Anwärter auf den Bürgermeisterposten, ein verendetes Kalb an den Metzger Weisenburger und Schöne für teures Geld. Ob den Karlsruhern dieses „mürbe“ Fleisch geschmeckt hat, haben wir nicht erfahren können. Den Gemeinderat und Bürgermeister fragen wir: aber, ob sie denn kein Bedürfnis empfinden, sich von einem solchen „Kollegen“ zu trennen? Warum veranlassen sie ihn nicht, von den Sitzungen wegzubleiben, nachdem er sich durch solche Gesandte dieses Ehrenamtes unwürdig gezeigt hat? Oder fühlen sich die Herren mit den beiden reichen Hahnhändlern solidarisch? Zum vielgepredigten inneren Wiederaufbau dürfte auch das Verlangen gehören, daß solche Teufel von Verkäufern und Käufern (Leysterer hat kürzlich, trotz Einspruch, noch Handelsverlaubs in seiner Familie erhalten) zum abschreckenden Beispiel exemplarisch bestraft wird. — Hoffentlich greift die Behörde hier einmal gründlich ein.

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe: am Montag den 27. Juni: Prüfungsvorpiel der Vorbereitungsklassen 5 1/2 Uhr im Saal der Anstalt.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften (Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.) Die Schmiebe, Halbmonatsschrift für das geistige Proletariat, Aprilheftnummer und Maiheftnummer, erhältlich in der Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstraße 16. Inhalt der Aprilnummer: Schmiebe — In eigener Sache — Grundfährliche und taktische Probleme des Sozialismus. — Die geistig Arbeitenden und die Sozialdemokratie. — Rückblick und Ausblick. — Nahrungs- und Erziehungsmittel. — Moralität. — Sonde. — Beamtenfragen. — Bezirksfängerfest. — Bücherschau. Inhalt der Mainummer: Vogelshau. — Das Ultimatum, unsere Hoffnung. — Freigeld. — Die Studentenfrage, ein Teil der Revolutionsfabrikation. — Religion notwendig zur Erreichung des sozialistischen Ideals? — Aus wichtigen Werken. — Bezirksfängerfest. — Aus unserer Bewegung. — Beamtenfragen. — Der Bericht über das Bezirksfängerfest bringt u. a. eine Kritik für jeden der konkurrierenden Vereine, die für die Arbeiterfänger von ganz besonderem Interesse ist.

Seite 2
Anfrage
den Landtag
damit im
richtung wie
ergu gutref
kurze An
in sie schon
a sind, nicht
gleich eine
gebent die
dürbige An
ung in der
le Fraktion
Anfrage
bergegese
lägt immer
rührung da
en ist. Da
es schnell
inen Volks
behebt des
einer Ver
einem Ver
delberg fol
g heißt es:
Ziatswegen
l und dem
nung, und
e, eine ihren
einwärts die
einer Grund
einer Grund
und dem
st nunmehr
zu unserer
die Reiten
Bergemaltim
vorteil
schiedenseit
den Willen
überfassung
gsten und
eingestellten
Wesens als
abschließend
es belästigen
ung und die
geben wird,
einfolger zu
renz
brachten, die
Frage des
Baden und
Oskar Wee
ich set an
die Referat
Dazu möchte
irgermeister
berbeitenden
b. R. mit
eine der Pu
te die Bes
überigen so
in die Dis
naueichigen
nden. Die
nicht ent
Sonntag
viele auf
ufen davon.
trafen sind
fügen ein
me. Zeit
der Grenz
Abend des
den Ober
ig.
e, noch kein
Oberdeutsch
gurd. Die
endlich die
es ergingen,
s den Müß
Menschenge
cht bewacht
r war gegen
ins ober
ch her. Ein
merken lag,
und Höhen
Geizgier
ndler.
den Wälder.
and unserer
n höchst un
werden auch

Aus der Stadt

Karlsruhe, 27. Juni.

Geschichtskalender

27. Juni. 1848 Der Schriftsteller Heinrich Schöke auf Blumenhede (Schweiz). — 1917 Der Nationalökonom Prof. Gust. v. Schmoller in Bad Godesburg. — 1920 Feuerungsarbeiten in Württemberg, Hamburg, Mainz usw.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdemokratischer Verein. Heute Montag, abends 8 1/2 Uhr, in der „Krone“, Vorstandssitzung. Es wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Sozialdemokratischer Verein. Die Bezirkskassierer werden ersucht, im Laufe dieser Woche für das 1. Vierteljahr beim Kassier Gen. Lang abzurechnen zu wollen.

Die Kinderstuhlkommision der sozialdemokratischen Frauensektion

Beauftragt auch in diesem Jahre wieder die allseitig so beliebt gewordenen Ferienpausiergänge. Die Kinder von 4-6 Jahren, sowie diejenigen Schulkinder, die aus irgend welchen Gründen weder in einem Ferienheim noch bei Verwandten unterzukommen das Glück haben, werden höchstens zweimal hinaus in den schattigen Wald geführt, wo sie unter Aufsicht von Frauen in Spiel und Gesang ihre Zeit vertreiben können, aber auch jeweils mit einem „Bescher“ bedacht werden, ohne daß deren Eltern einen Beitrag zu leisten verpflichtet werden. Zur Beschaffung von Lebensmitteln und alkoholfreien Getränken sind selbstverständlich für die große Zahl der Kinder (im vorigen Jahre waren es 1600) auch große Summen Geldes erforderlich, weshalb sich die Kinderstuhlkommision mit der herzlichsten Bitte um Geld- und Lebensmittelspenden an die Öffentlichkeit d. h. an alle diejenigen wendet, die ein Herz für diese armen Kinder haben.

Wir bitten deshalb alle diejenigen, die in der Lage sind, einen Beitrag entweder in Geld oder in Lebensmitteln spenden zu können, denselben an die Kassiererin Frau Fr. Stoll, Rudolfstraße 24, 3., abzuführen resp. anmelden zu wollen. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unter obigem Namen niemand anderes berechtigt ist. Gaben zu sammeln oder Einkäufe zu machen, als die von uns mit Ausweisen versehenen Personen, weshalb wir bitten, unsere Adresse beachten zu wollen.

Die Kinderstuhlkommision der sozialdemokratischen Frauensektion

Frau L. Müller, Vorsitzende, Sofienstr. 160, 5.
Frau Fr. Stoll, Kassiererin, Rudolfstr. 24, 3.

14. Verbandstag des Zentralverbandes der Maschinisten und Feizer

Der Verbandstag wurde Sonntag abend mit einer von den Verbandsgenossen gegebenen Begrüßungsveranstaltung im Saale des Kolosseums eingeleitet. Zu der Veranstaltung hatten sich die Delegierten, soweit sie schon eingetroffen waren, sowie die Karlsruher Verbandskollegen, Vertreter der Stadtverwaltung, der Regierung und zahlreiche Parteigenossen und Angehörige anderer Gewerkschaften eingefunden. Der schon verlaufene Abend bildete einen vorzüglichen Auftakt zu den heute beginnenden Beratungen. Die Kunst und der Sport hatten sich zu schönem Tun vereinigt, vom Landestheater unsere Genossin Margarethe Ritz und Fr. Käthe Doll, von den Karlsruher Sportvereinen die freie Turnerschaft; des weiteren der Arbeitergesangverein „Gleichheit“ und das Karlsruher Kongertorchester. Alles, was geboten wurde, stand auf bemerkenswerter Höhe und erzielte lebhafteste Anerkennung. Vorweg natürlich die beiden Künstlerinnen vom Landestheater. Genossin Margarethe Ritz trug mit innerster Begeisterung, pathend und mitreißend drei proletarische Dichtungen vor; auch ihre heiteren Vorträge waren bestens gelungen und lösten große Heiterkeit aus. Fr. Doll sang die Fiedler-Liede von Beethoven, zwei Lieder von Hugo Wolf und die „Liebesfeier“ von Weinmayer. Es war ein Genuß, dem prächtigen Sopran, dem so bestellten Vorträge, der den Gehalt der Lieder so ganz ausklopfte, zu lauschen. Frau Clara Girardi war eine treffliche Begleiterin. Die „Gleichheit“ leitete mit ihren 3 Chören und einer Dreieinigkeit wieder, wie schon so oft, vorzügliches. Herr Fassel hat das schöne Stimmaterial fest in der Hand, jeder Chor ist bis aufs Kleinste ausgefeilt und da bleibt der Erfolg nicht aus. Das Karlsruher Kongertorchester spielte unter seines Dirigenten Karl Hochschilbs Leitung die Marsche, Overtüren, Balzer usw. sauber und flott; auch hierdurch wurde das Programm bestens bereichert und verschönert.

Im zweiten Teil kam der Sport zu seinem Rechte. Die freie Turnerschaft wechselte in friedlichem Wettstreit ab mit der Karlsruher Athleten-Gesellschaft. Es war wieder hervorragendes, was von beiden Sportvereinen geboten wurde; die Barren-Freilübungen und Barren-Pyramiden der freien Turner, die Musterriege der Athleten und der akrobatische Kraftakt zweier Athleten, sie alle riefen wegen der Exaktheit und Sicherheit ihrer Vorführung hellste Bewunderung und Anerkennung hervor. — Mit einer kurzen Ansprache begrüßte der Geschäftsführer der Geschäftsstelle Karlsruhe des Zentralverbandes der Maschinisten und Feizer, Wenker, die Delegierten und Gäste und gab dabei auch einen Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes in Karlsruhe seit 1898, in welchem Jahre der Verband hier Fuß faßte. Herzlich hieß er die Männer der Wärme- und Kraftzeugung willkommen. Die Karlsruher Arbeiterschaft zeigte mit diesem Abend, daß die Arbeiter-Gäste, die nun auf eine Woche in Karlsruhe wohnen werden, willkommen sind, denen sie diese Stunden der Unterhaltung gerne, freudig und stolz widmete. Heute begann nun die ernste Arbeit. Möge sie von bestem Erfolge begleitet sein.

Das schlechte Brot

Wir kritisieren in unserer Freitagsnummer die schlechte Beschaffenheit des Brotes und brachten einen Bericht über die Veranlassung der Bäckereiarbeit, in welchem behauptet wurde, daß vom Nahrungsmittelamt schlechtes Mehl an eine Molkerei abgegeben wurde und daß von diesem Mehl ein Bäckermeister der Südstadt prima Brot hergestellt habe. Wir mußten daran die Bemerkung, daß dieser Fall der Aufklärung bedarf. Diesem unserem Verlangen glaubt das Städt. Nachrichtenamt in folgender Darstellung des Falles nachgekommen zu sein, indem es schreibt:

„Unter der Überschrift „Das schlechte Brot“ ist in der Nummer 144 des „Volksfreund“ ein Artikel veröffentlicht worden über eine Veranlassung der Karlsruher Bäckereiarbeit, die sich mit der Beschaffenheit des a. Pl. zur Brotbereitung gelieferten Mehles befaßt. Zu dem Inhalt dieses Artikels, der mehrfache Unrichtigkeiten enthält, ist folgendes festzustellen:

1. Wichtig ist, daß die Stadtverwaltung in letzter Zeit wiederholt Veranlassung hat nehmen müssen gegen die schlechte Be-

schaffenheit des von verschiedenen Mühlen gelieferten Mehles zu veranlassen; sie hat neuerdings bei der zuständigen Reichsstelle bringen verlangt, daß der Stadt Karlsruhe künftig kein Weizenmehl mehr zur Brotbereitung zugeteilt wird, da auch mit einem geringeren Zusatz von Weizenmehl kein einwandfreies und beförmliches Brot hergestellt werden kann.

2. Wichtig ist, daß in letzter Zeit eine Partie Weizenmehl mit starkem Kleinzusatz, das der Stadt gleichfalls von den fraglichen Mühlen zugewiesen worden war und das nach Überzeugung der verantwortlichen Beamten des Städt. Nahrungsmittelamts zur Brotbereitung nicht geeignet war, auf Veranlassung des Nahrungsmittelamts, um das Karlsruhe Brot nicht noch mehr zu verschlechtern, als Futtermehl teils an hiesige Molkereibesitzer, teils anderwärts veräußert worden ist. Die schlechte Beschaffenheit dieses Mehles und seine Ungeeignetheit zur Brotbereitung stand schon bei seiner Ankunft fest. Auch in früheren Fällen haben die Bäcker wiederholt derartiges Weizenmehl als ungeeignet abgelehnt. Aus diesem Grunde ist es nicht an die Bäcker abgegeben, sondern auf Lager genommen worden, bis sich Gelegenheit gab, es ohne Verlust für die Stadt abzugeben. Mit der Lagerung des Mehles im hiesigen Wehlager hat also die mangelhafte Beschaffenheit dieses Mehles absolut nichts zu tun. Wenn tatsächlich einige Bäcker auf Umwegen gleichwohl in den Besitz von kleineren Teilmengen dieses Mehles gelangt sind, das Mehl ausgebacken und davon Brot gebacken haben, so beweist das nichts gegen die Zweckmäßigkeit und Pflichtigkeit der Anordnung des Nahrungsmittelamts, das fragliche Weizenmehl von der Brotbereitung fernzuhalten.

3. Die Lagerung und pflegliche Behandlung der Mehlvorräte ist vollständig einwandfrei. Die Kontrollkommission der Karlsruher Bäckerei hat sich persönlich davon überzeugt und dies dem Nahrungsmittelamt ausdrücklich bestätigt. In den Wehlagern der Stadt Karlsruhe ist noch kein Mehl vorhanden. Die Lagerung des Mehles steht unter ständiger fachverständiger Aufsicht der Mehlverwaltung und des Städt. Nahrungsmittelamts. Die Verfügung über die Vorräte liegt ausschließlich in der Hand des Nahrungsmittelamts.

Nach obiger Darstellung handelt es sich also nur um Mehl, das zum Brotbacken ungeeignet war und von den Bäckereien mit Recht zurückgewiesen worden ist. Dafür wird man dem Nahrungsmittelamt nicht nur keinen Vorwurf machen können, sondern dieses Fürsorge anerkennen müssen. Aber nicht aufgefällt ist, woher der betreffende Bäckermeister in der Südstadt das Mehl hatte, mit dem er ein so vorzügliches, geradezu aufsehen erregendes gutes Brot herzustellen in der Lage war. In obiger Darstellung wird zwar gesagt, einige Bäckermeister hätten auf Umwegen von dem an die Molkerei abgegebenen sog. „Mehl“ erhalten und ausgebacken. Aber diese Begründung genügt nicht, denn jede Leuchte darüber und halten es für ausgeschlossen, daß aus diesem ausgebackenen Mehl eine so große Menge und zudem so gutes Brot herzustellen werden können.

Eigentümlich berührt es uns, daß am Anfang der Aufschrift des Nachrichtenamts nur vom „Volksfreund“ die Rede ist und vom „Residenzanzeiger“, der die Sache in der ihm eigenen Art aufbauscht und als einen Skandal hinstellt, kein Sterbenswörtchen gesagt wird. Wir registrieren diese Art der Behandlung bloß, wir beschweren uns deswegen also nicht.

Schwurgericht Karlsruhe

§§ Karlsruhe, 27. Juni. Die Sitzung des Karlsruher Schwurgerichts beginnt am heutigen Montag. Vormittags wird gegen den Dienstinstitut Karl Ritzinger aus Ravensburg und gegen den Bäcker Paul Georg Pfaff aus Unterrieschental wegen Straßenstraßenverhandelt; nachmittags gegen den Rangdienstlichen Alfred Veleh aus Karr wegen Diebstahls und Münzverbrechens; am Dienstag den 28. Juni, vormittags gegen den Postausbesser Wilhelm Josef Bach aus Weiertheim wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung und gegen die Ehefrau Karl Dill, Anna geb. Spähle, aus Eutenheim wegen Meineids; nachmittags gegen das Hausmädchen Anna Ragh aus Frankfurt a. O. wegen Meineids. Am Donnerstag den 30. Juni hat sich vormittags der Techniker Karl Wirsing aus Waltershausen wegen Kohlenhandelsverstoßes und unerlaubten Waffentragens zu verantworten; nachmittags die beruflose Regina Sittler wegen Meineids; am Freitag der Kaufmann Kurt Fries aus Frankfurt a. M. und Genoffen wegen Urkundenfälschung und Betrugs; am Dienstag den 5. Juli, vormittags, der Obsthändler Ferdinand Vender aus Gauenberg und der Fuhrmann Wilhelm Ludwig Kugel aus Gauferberg wegen Urkundenfälschung und Betrugs, nachmittags der ehemalige Postamt Ludwig Junz aus Egenstein wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung; am Mittwoch den 6. Juli der Goldarbeiter Friedrich Mohrhardt aus Springen wegen Betrugs; am Donnerstag den 7. Juli der Kaufmann Julius Wenzel aus Freiburg wegen Urkundenfälschung und Betrugs. Voraussichtlich wird am 8. Juli ein weiterer Fall auf die Tagesordnung kommen.

— Die Mieter der gemeinnützigen Mieter- und Handwerker-Wohnungsgesellschaft hatten am letzten Mittwoch eine Versammlung im Colosseum, die stark besucht war. Nach einleitenden Worten des Obmanns der Mieter wurde in die Diskussion eingetreten. In der Hauptsache wurden folgende Punkte besprochen, die Festsetzung und Bebauung des Geländes im Hardwald. Nach den Ausführungen der anwesenden Vorstandsmitglieder sollen die Dreizehnmeterbreite der Genossenschaft 2000 Mar 20 Jahre lang zinslos als Baubauzinsen zur Verfügung stellen. Nun ist es doch leicht begreiflich, daß nicht jeder Arbeiter oder Beamte diese Summe aufbringen kann. Für einen Angehörigen der unteren Schicht wäre somit die Gelegenheit nie geboten, zu einem Einfamilienhaus zu kommen. Wenn die Genossenschaft ein solches Defizit aufweist, wie in der Versammlung von einem Vorstandsmitglied angeführt wurde, so hätte man eben sparen müssen und zwar an dem Luxus bei den Neubauten. So beträgt der Preis für einen Substanzmeter umhaunter Räume ca. 275 M., während er in der Gartenstadt nur circa 225 M. ausmacht. An der Roggenbachstraße z. B. hat man einen überflüssigen Waschlüsselausgang gebaut, der 9000 M. kostet, macht bei 8 Wohnungen 72000 M. (nebenbei bemerkt ist dieselbe Waschlüssel zum Kochen der Wäsche polizeiunwürdig. Gächste Zeit wäre es endlich, daß die Mieter für die Bewohner der Siedlung festgesetzt wird. Acht Monate wird dieselbe schon bewohnt und niemand weiß, wie hoch der Mietzins ist. Zum Schluß der Versammlung gelangten folgende drei Resolutionen einstimmig zur Annahme:

- 1. daß die Mieter die Bezahlung des geplanten Baubauzinsens nicht annehmen wollen;
- 2. daß der Mietzins alsbald festgesetzt wird und
- 3. daß die Siedlung im Hardwald weitergebaut werden darf, da die in Betracht kommenden Bewohner auf fertige Straßen und Kanalisierung verzichten.

Sonntagsfahrten auf der Albtalbahn. Zur Erleichterung des Ausflugsverkehrs werden auf der Albtalbahn ab 1. Juli ermäßigte Sonntags-Karten 2. Klasse für Hin- und Rückfahrt ausgegeben. (Siehe Inserat.)

Polizeibericht vom 27. Juni. Unfall. Ein in der Albtalbahn wohnhafter Wäghändler wurde heute vormittags in der Karlsruher beim Ueberfahren der Gleise von einem Straßenbahnwagen angefahren, zu Boden geworfen, am Kopfe derart schwer verletzt, daß er im bewußtlosen Zustande nach dem Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte. — Der alte Unfa-

Gestern vormittags sprang in der Karlsrufer ein 12jähriger Volkschüler aus Neusach von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen ab, fiel auf den Hinterkopf und blieb bewußtlos liegen. Er wurde ins alte St. Vincentiuskrankenhaus gebracht, wo eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde. — Verhaftet wurden: Ein Hausbursch aus Höfen, der seinem Arbeitgeber ein Dußend silberne Westeile im Wert von 5900 M. entwendete, die wieder beigebracht wurden, sowie ein Monteur aus Straßburg, der ein 16 Jahre altes Mädchen, dem gegenüber er sich als Kriminalbeamter ausgab, nach dem Hiltzheimerfeld verschleppte und vergewaltigte.

Und wiederum die Holz- und Kohlenpreise

Vom Lebensbedürfnisverein schreibt man uns: In zwei Artikeln des „Volksfreund“ beschäftigen sich Vereinsmitglieder und das Brennstoffamt mit unseren Kohlenpreisen und unserer Kohlenlieferung. Wir sehen uns zur Aufklärung dieser Angelegenheit veranlaßt, unsere seit 15. April ds. Js. gültigen Kohlenpreise zu veröffentlichen, wie solche seit dieser Zeit an unserem Kohlenhöfchen und in unserer Verkaufsstellen angeschlagen sind:

	Kohlenpreise:		
	frei Keller	offen bors Haus	ab Ortslager
Ruhr-Stückkohlen	24.—	23.50	22.50
Ruhr-Glückkohlen	24.—	23.50	22.50
Ruhr-Nettschrot u. Rauch-Kohlen	23.—	22.50	21.50
Ruhr-Nettschrot 1 und 2	24.—	23.50	22.50
Ruhr-Nettschrot 3	24.—	23.50	22.50
Ruhr-Schneidenschrot 1 und 2	24.—	23.50	22.50
Ruhr-Schneidenschrot 3 und 4	27.50	27.—	26.—
Ruhr-Anthracit 1	27.50	27.—	26.—
Ruhr-Anthracit 2 und 3	27.50	27.—	26.—
Ruhr-Anthracit-Formbröckel	31.10	30.60	29.60
Ruhr-Steinkohlenbröckel	31.10	30.60	29.60
Ruhr-Braunkohls 1	31.—	30.50	29.50
Ruhr-Braunkohls 2	31.—	30.50	29.50
Ruhr-Braunkohls 3	30.—	29.50	28.50
Mitteldeutsche und sächsische Braunkohlen-Bröckel	17.50	17.—	16.—
Unionbröckel	17.50	17.—	16.—

Es kann hiernach jeder Verbraucher selbst feststellen, daß unsere Preise größtenteils tatsächlich niedriger sind, als beim übrigen hiesigen Kohlenhandel. Die merkwürdige Behauptung des Brennstoffamtes, wir hätten uns durch Mischung verdächtigener Kohngroßen strafbar gemacht, ist uns unverständlich. Wenn dies wirklich zutrifft, hätte diese Stelle doch längst die Pflicht gehabt, uns hierauf aufmerksam zu machen, was jedenfalls richtiger gewesen wäre, als die Zeitung zu Drohungen gegen uns zu benutzen. Wir stellen ausdrücklich fest, daß wir diese Mißgunst lediglich im Interesse unserer Kunden vornehmen, bei einer Durchschnittsberechnung der Kohlenpreise ist übrigens der Verein immer noch 1.76 M. pro Zentner billiger. Das Brennstoffamt möge uns doch einmal sagen, wo von einem solchen Verbot die Rede ist. Nach unserer Auffassung betrifft das Brennstoffamt in völlig unangebrachter Weise die Interessen des privaten Kohlenhandels, sonst könnte es über die Preise für Braunkohls und Unionbröckel nicht mit so leichtfertigen Bemerkungen hinweggehen. Bei Braunkohls bestehen Differenzen von 80 S bis 1.10 M., bei Unionbröckel solche von 90 S bis 2.60 M. pro Zentner zugunsten des Vereins. Wir meinen, das Brennstoffamt, wenn es auch die Preise nicht selbst festsetzt, müßte als städtische Behörde doch auch ein Interesse daran haben, daß die Brennstoffpreise möglichst niedrig gehalten werden und dürfte daher unseren Bestrebungen nicht entgegenzusetzen.

Wenn es wirklich richtig wäre, daß wir größere Kohlenvorräte ins Frühjahr herein genommen haben, so spräche doch immer noch zu unseren Gunsten, daß wir die sich darbietende Gelegenheit, durch die insofern eingetretenen Zufälle einer größeren Nutzen zu erzielen, nicht ausgenutzt haben, sondern unsern Abnehmern zugunsten liegen. Wir haben von diesen Zufällen deshalb keinen Gebrauch gemacht, weil wir die Kalkulation der Preise für zu hoch hielten.

Sonderbar ist auch die Angabe des Brennstoffamtes, daß wir vielen Kunden vor Ablauf des Geschäftsjahres die ganze Jahresmenge an Kohlen geliefert haben. Wir müssen doch sämtliche Lieferungen monatlich mindestens zweimal beim Brennstoffamt schriftlich unter Angabe des Empfängers anmelden, weshalb ist denn dieserhalb nie eine Beanstandung erfolgt. Hieraus ist doch zu schließen, daß unsere Angaben vollständig in Ordnung waren. Daß wir über die Jahresmenge hinaus geliefert haben, ist nicht wahr und wir behalten uns auch dieserhalb weiteres vor.

Wir haben, nachdem die Tatsachen festgelegt sind, nicht die Absicht, uns in eine längere Polemik einzulassen, überlassen daher dem Brennstoffamt die weiteren Schritte. Einer etwaigen Klage sehen wir mit aller Ruhe entgegen, es fehlt ja gerade noch, daß die Gerichte die Genossenschaft, wenn sie preisregulierend wirken, berurteilen.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe E. G. m. b. H.

Briefkasten der Redaktion

E. 39. Trotz unserer Nachforschungen ist es uns nicht gelungen, etwas Bestimmtes zu erfahren.

Baluta-Bericht vom 25. Juni

Karlsruhe in der Schweiz ca. 8.15. Auszahlung Holland notierte 24.10 M. per Hfl. Auszahlung Schweiz notierte 12.95 M. per Schw. Fr. Auszahlung England notierte 273 M. per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 5.88 M. per Fr. Fr. Auszahlung Neuhort notierte 73 M. per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 130, def. 11 Ptm. Reßl 227, gef. 7 Ptm. Maxau 397, gef. 4 Ptm. Mannheim 276, gef. 6 Ptm.

Schriftleitung: Georg Schödylin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberlicht und Rechte Nachrichten Hermann Adelb. für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Preislisten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bei 5 u. mehr Seiten 1.50 die Zeile
Bei 1.50 die Zeile
Veranlagungsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Dienstag: Frauenversammlung, Aufschuß- und Festkommissionssitzung, „Cambrinushalle“.

Streckenpferd-Beife

W. Bergmann & Co., Raddeud ist die beste Lössen-Beife 1. Klasse, welche Haut-bleichend schön Teint überall z. hab.

